

ZOLL ZUKUNFTSFEST MACHEN

SICHERHEIT HERSTELLEN
FINANZKRIMINALITÄT BEKÄMPFEN

GRENZE. ZOLL. SICHERHEIT.

Der Schmuggel von Rauschgift, Waffen und Bargeld boomt. Organisierte Banden profitieren, bedrohen Justiz und Rechtsstaat. Auch Terrorfinanzierung und Geldwäsche nehmen zu.

All dies ist "Finanzkriminalität". Diese trocken zu legen, ist ein wesentlicher Auftrag des Zolls. Wie keine andere Sicherheitsbehörde ist der Zoll flächendeckend präsent, nicht nur an den Außengrenzen. Ein moderner Zoll, der die Sicherheit wiederherstellt – dafür kämpfen wir.



INHALT

- Vorwort
- Unsere Vision: Für einen Zoll 2030
- Zoll 2030. Schlagkräftig. Aus der Mitte der Belegschaft.
- Zoll 2030. Echte Befugnisse. Moderne Prozesse.
- Weniger Mikromanagement. Mehr Spielräume.
- Bevölkerung schützen. Infrastruktur sichern.
- Sparkurs beenden. Sicherheitsmilliarde für den Zoll.
- Organisierte Kriminalität? Nein Danke!
- Über uns



Die aktuelle
Sicherheitslage erfordert
einen schlagkräftigen Zoll.

THOMAS LIEBEL

BUNDESVORSITZENDER



Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Bundestagswahl 2025 liegt hinter uns und ein neues politisches Kapitel wird aufgeschlagen. Klar ist: Die Gewährleistung innerer Sicherheit und die Unterstützung der deutschen Wirtschaft haben für uns oberste Priorität. Wegweisende Entscheidungen, auch zu den Sicherheitsbehörden des Bundes, stehen bevor.

Der Zoll ist längst integraler Bestandteil der Sicherheitsarchitektur des Bundes und ist in vielen Bereichen sogar Vorreiter. So führt er beispielsweise mit Abstand die meisten Verfahren gegen Organisierte Kriminalität – mehr noch als das Bundeskriminalamt. Aber schon zur Vorstellung der Zolljahresbilanz im Jahr 2024 hatte ich gewarnt, dass der Dienstbetrieb beim Zoll akut gefährdet ist. Dieser Zustand ist bis heute unverändert kritisch.

Anstatt ihren Aufgaben nachgehen zu können, müssen sich die Beschäftigten beim Zoll seit vielen Jahren mit dem Ergebnis wenig durchdachter Strukturreformen herumschlagen, die zunächst viel versprechen, aber in der Praxis wenig bringen. Dabei ist den Zöllnerinnen und Zöllner längst klar, was passieren muss. Der Zoll braucht vor allem einen Mentalitätswechsel: modern werden, modern denken.

Das bereits laufende Projekt "Zoll 2030" darf sich nicht in die Fehler der Vergangenheit einreihen. Mit Bürokratie und Selbstbeschäftigung muss Schluss sein. Die inhaltlichen Eckpunkte des Projekts gehen deshalb in die richtige Richtung, weil viele Vorschläge aus den Erfahrungswerten der Beschäftigten resultieren. Als die Fachgewerkschaft für den Zoll und die Bundesfinanzverwaltung hatte der BDZ maßgeblichen Einfluss auf diese Entwicklung. Wir werden das Vorhaben im Rahmen des Lenkungsausschusses des Projekts aktiv mitgestalten.

Ich lade Sie als politische Entscheidungsträger des neu gewählten 21. Deutschen Bundestages herzlich ein, sich mit unseren Positionen zu befassen und in den Dialog mit uns zu treten.

Ihr

Thomas Liebel

Bundesvorsitzender BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Bundesministerium der Finanzen

UNSERE VISION FÜR EINEN ZOLL 2030

ZOLLVOLLZUG STÄRKEN



Seit über 20 Jahren sind keine wesentlichen Investitionen in den Zollfahndungsdienst und die Kontrollstreifen der Hauptzollämter erfolgt. Während die Planstellenzuwächse der letzten Jahre primär zur Stärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) dienten, blieb die übrige Kriminalitätsbekämpfung auf der Strecke. Eine leistungsfähige Zollverwaltung muss jedoch in der Lage sein, den grenznahen Raum und die Verkehrswege flächendeckend zu überwachen. Die bislang praktizierte Verwaltung des Mangels, Dienstposten in "Brennpunkte" innerhalb des Bundesgebietes umzuverteilen, ist keine Antwort auf Schmuggler und organisierte Kriminelle, die in Netzwerkstrukturen grenzüberschreitend agieren. Diese dürfen den Strafverfolgungsbehörden nicht länger einen Schritt voraus sein. Insbesondere das Zollkriminalamt muss ihnen schlagkräftig begegnen können, mit modernster Ausstattung.

DEMOGRAFIEPROBLEM LÖSEN



Ob Steuerspezialisten, Finanzermittler oder Rauschgiftfahnder: Die deutsche Zollverwaltung ist eine der professionellsten und vielfältigsten Behörden weltweit. Aber zunehmend scheiden mehr ihrer erfahrensten Beschäftigten ruhestandsbedingt aus. Das betrifft ein Drittel der Belegschaft bis zum Jahr 2030. Die Folgen lassen sich kurzfristig nicht allein mit Neueinstellungen kompensieren. Allein die entstehende Wissenslücke ist enorm. Ein zukunftsfester Zoll muss lernen, die Kompetenzen und Erfahrungen des eigenen Personals viel stärker zu fördern. Der Schlüssel dazu liegt im Laufbahnrecht für die Bundesbeamten, das zu wenig Anreize für Leistung und Spezialisierung bietet. Der Gesetzgeber muss hierfür die Voraussetzungen schaffen. Dann gelingt die Modernisierung der Zollverwaltung.

DIGITALISIERUNG ANPACKEN



Der Zoll sichert rund die Hälfte der Einnahmen des Bundeshaushalts und trägt damit entscheidend zu Investitionsvorhaben – u.a. für die Sicherheitsarchitektur Deutschlands – bei. Er überprüft globale Konzerne und bekämpft organisierte Kriminelle, die längst im Cyberraum agieren. Die Politik erwartet zurecht ein vernetztes und intelligentes Vorgehen der Behörden. Zugleich zwingt sie diese, mit rückständiger Technik zu arbeiten. Eine Zollverwaltung, die für die hochkomplexen Aufgaben der Zukunft gewappnet sein soll, darf nicht länger von papiergebundenen Prozessen gelähmt werden. Die vielen IT-Fachverfahren, die als sog. Insellösungen nach kurzer Zeit wieder veraltet sind, müssen bis 2030 durch integrierte Systeme ersetzt werden, die in hochperformanten Netzen laufen und die nötigen Datenbestände für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz beinhalten. Dafür muss die veraltete Netzinfrastruktur der Bundesverwaltung grundlegend erneuert werden.

SCHLAGKRÄFTIG. AUS DER MITTE DER BELEGSCHAFT.

ZOLL 2030

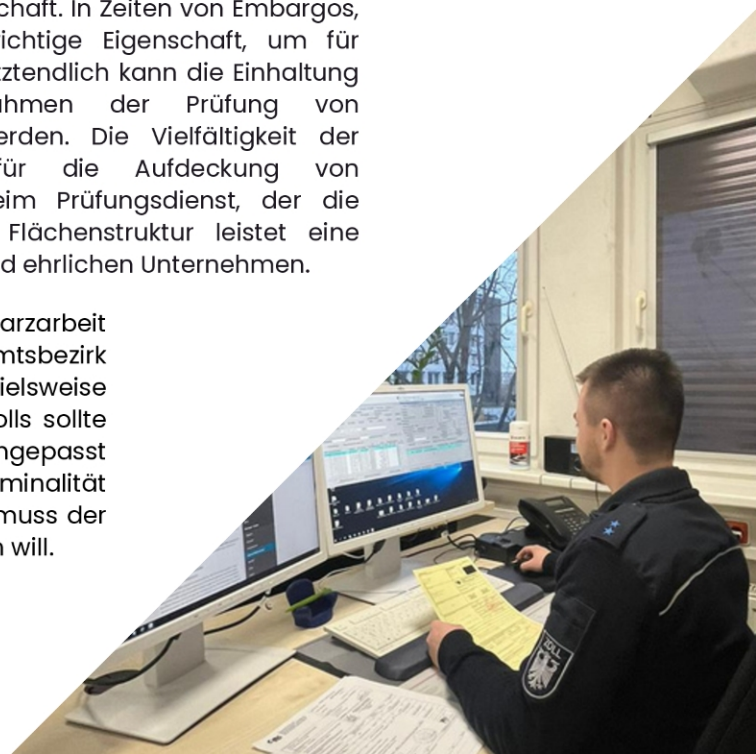
ZOLL STRUKTURELL STÄRKEN

Die Zollverwaltung wird aktuell durch zu viele Hierarchieebenen und Kommunikationsschleifen ausgebremst. Dies ist zum Teil Folge politischer Entscheidungen der vergangenen Zeit, die dem Zoll immer weitere Aufgaben übertragen haben, was zur Bildung vieler neuer Organisationseinheiten geführt hat. Strukturelle Reformvorhaben dürfen daher keinesfalls zu einem Aufbau weiterer Bürokratie führen. Das laufende Projekt "Zoll 2030" bietet Ansätze für die notwendige Bündelung und Straffung existierender Strukturen. Das Konzept einer Zoll- bzw. Finanzpolizei lehnen wir ab, da es unnötige Bürokratie schaffen, den Zoll als funktionierende Organisation zerschlagen und lähmende Doppelstrukturen erzeugen würde. Die effektive Bekämpfung von Finanzkriminalität kann nur ganzheitlich im Zusammenspiel von Finanz- und Sicherheitsverwaltung erfolgen: Denn wer das legale Geschäft nicht kennt, kann die illegalen Machenschaften nicht bekämpfen.

FLÄCHENPRÄSENZ ERHALTEN

Mit rund 700 Standorten ist der Zoll in der gesamten Bundesrepublik präsent – als Garant für Sicherheit und Ansprechpartner für die Wirtschaft. In Zeiten von Embargos, Sanktionen und Zollkriegen ist diese Nähe eine wichtige Eigenschaft, um für überregionale Lieferkettensicherheit zu sorgen. Denn letztendlich kann die Einhaltung handelspolitischer Bestimmungen, auch im Rahmen der Prüfung von Außenwirtschaftsverstößen, nur vor Ort geprüft werden. Die Vielfältigkeit der Sachgebiete der Hauptzollämter wird auch für die Aufdeckung von Wirtschaftskriminalität oft unterschätzt, so etwa beim Prüfungsdienst, der die Geschäftsunterlagen von Firmen kontrolliert. Diese Flächenstruktur leistet eine vorgelagerte Ermittlungsarbeit im Dienst von Bürgern und ehrlichen Unternehmen.

Beispielhaft dafür steht auch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS), die ganzheitliche Prüfungen in jedem Hauptzollamtsbezirk durchführt und dabei regionale Besonderheiten beispielsweise im Arbeitsmarkt berücksichtigt. Wie andere Teil des Zolls sollte aber auch die FKS mehr Möglichkeiten haben, lageangepasst Schwerpunkte zu setzen. Gerade Wirtschaftskriminalität unterliegt einem ständigen Wandel. In diesem Umfeld muss der Zoll anpassungsfähig bleiben, wenn er schlagkräftig sein will.





ECHTE BEFUGNISSE.
MODERNE PROZESSE.

ZOLL 2030

AUF AUGENHÖHE ERMITTELN

Der Zoll ist eine besondere Sicherheitsbehörde, denn nur er hat die Befugnis, anlass- und verdachtslos zu kontrollieren. Aus diesem Grund ist der Zoll in Verbundeinsätzen mit der Polizei oft zuerst an Ort und Stelle. Dennoch benötigt der Zoll für seine eigenen Ermittlungen als Strafverfolgungsbehörde erweiterte Kompetenzen. Insbesondere zum Austausch von Informationen mit Datenbeständen der Polizeien oder der Steuer- und Sozialbehörden von Bund und Ländern fehlen ausreichende technische und rechtliche Grundlagen. Die Verfolgung komplexer Phänomene wie Geldwäsche ist ohne die Auswertung großer Datenmengen (Big Data) nur eingeschränkt möglich. Die entsprechenden Voraussetzungen für automatisierte Anwendungen zur Datenanalyse sind daher innerhalb der Zuständigkeitsbereiche der Zollverwaltung zu schaffen. Auch an das IT-Großprojekt des polizeilichen Datenhauses P20 sollte der Zoll zeitnah vollumfänglich angeschlossen werden. Zolldaten müssen ebenfalls effizienter an die Polizeibehörden übertragen werden können. Unnötige Schnittstellen sind abzubauen.

FACHKRÄFTE FÖRDERN

Die gegenwärtige Personalpolitik innerhalb der Zollverwaltung trägt dem Umstand eines hochkomplexen und internationalen Aufgabenumfelds nicht Rechnung. Die Tatsache, dass in den letzten Jahren fast 1.000 frisch ausgebildete Nachwuchskräfte um Entlassung aus dem Beamtenverhältnis gebeten haben, zeigt, dass es jungen Beschäftigten an Perspektiven fehlt.

Sowohl in der Kontrolle des grenzüberschreitenden Warenverkehrs als auch im Feld digitaler Ermittlungen gegen organisierte Finanzkriminelle werden Zöllnerinnen und Zöllnern hohe Expertise abverlangt. Eine volatile Lage erfordert zugleich einen flexiblen und agilen Personaleinsatz. Aufgrund der vielen Querverbindungen bietet die aktuelle generalistische Ausbildung der Zollverwaltung dafür prinzipiell die richtigen Grundlagen. Allerdings muss sie grundlegend modernisiert werden. Gerade qualifizierten und motivierten Fachkräften müssen mehr Anreize geboten werden, sich inhaltlich zu spezialisieren. Dafür müssen die starren Strukturen beim Zoll aufgebrochen werden. Bis heute verfügt der Zoll über kein umfassendes Personalentwicklungskonzept. Dessen Bestandteile müssen mehr Fortbildungen, mehr Aufstiegschancen und höherwertigere Dienstposten in Spezialbereichen sein.





WENIGER MIKROMANAGEMENT MEHR SPIELRÄUME



EIGENVERANTWORTUNG DES ZOLLS STÄRKEN

Als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) ist die Generalzolldirektion (GZD) für die operative Steuerung der Zollverwaltung zuständig. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass das BMF in vielen Fragen zu viel Mikrosteuerung gegenüber der GZD ausübt. Dies betrifft fachliche Maßnahmen bzw. Vorgaben zu deren Umsetzung, die oft mit zu wenig Bezug zu den Anforderungen und Problemen der Zollverwaltung getroffen werden. Nicht selten ist der Zoll infolgedessen auch schnell zum Spielball politisch motivierter Entscheidungen geworden, die in immer kürzeren Zeitabständen und oft mit widersprüchlicher Ausrichtung getroffen wurden. Berichtswege seitens der GZD an das BMF sind daher auf ein Minimum zu reduzieren. Dass dieser Ansatz erfolgreich sein kann, zeigt das Beispiel der Abschaffung der Arbeitgeber-Prüfquote bei der FKS, die den Einheiten des Zolls ein flexibleres Vorgehen für optimierten Ressourceneinsatz vor Ort ermöglicht haben. In solchen operativen Fragen muss die GZD über mehr Autonomie verfügen. Die GZD sollte über ein eigenes Budget für die Anschaffung digitaler und technischer Neuerungen verfügen.

Auch die Modernisierung der oftmals völlig maroden Liegenschaften des Zolls muss durch die GZD erfolgen. Das BMF sollte nicht als operativer Liegenschaftsverwalter auftreten, sondern allenfalls die Rechts- und Fachaufsicht wahrnehmen. Denn der gegenwärtige Bürokratismus hat erst zum schlechten baulichen Zustand vieler Dienststellen geführt.

Die besten Innovationen entstehen am eigenen Arbeitsplatz. Neben der GZD müssen deshalb auch die Ortsbehörden gestärkt werden. Durch die Strukturveränderungen der letzten Jahre sind Entscheidungswege immer länger geworden. Oft arbeiten zu viele Organisationseinheiten parallel an denselben Fragestellungen und verwässern am Ende das Ergebnis. Die Beschäftigten an der Basis müssen deutlich mehr Entscheidungsfreiheit und Ermessen erhalten, um dem bürokratischen Wildwuchs ein Ende zu bereiten. Dies ermöglicht es ihnen, eigenständig Lösungen für ihre spezifischen Herausforderungen zu entwickeln – dort wo sie am dringendsten benötigt werden.





BEVÖLKERUNG SCHÜTZEN INFRASTRUKTUR SICHERN



Mit rund 48.000 Beschäftigten ist der Zoll eine der größten Sicherheitsorganisationen Deutschlands. Die besondere Stärke des Zolls liegt in seiner enormen Präsenz an hochsensiblen Knotenpunkten wie Flughäfen, Seehäfen und Grenzen. Ein Großteil arbeitet an den Deutschlands Drehkreuzen für Waren- und Personenströme. Rund die Hälfte der Zöllnerinnen und Zöllner sind waffentragend und sorgen im Auftrag des Bundes täglich für unser aller Sicherheit.

In Zeiten von Terrorangriffen oder Cyberattacken ist die Absicherung kritischer Infrastruktur überlebenswichtig. Die Versorgung mit Gütern durch sichere Lieferketten hat unmittelbare Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens, der Energieversorgung oder der Landesverteidigung. Dass die Kontrolle eines Staates über seine eigenen Grenzen eine wesentliche Grundlage für die nationale Sicherheit ist, haben auch die Migrationsbewegungen der letzten Zeit verdeutlicht. Zusammen mit der Bundespolizei sorgt der Zoll dafür, dass offene Grenzen nicht von Schleuserbanden, Drogenkartellen oder Terrorgruppen ausgenutzt werden.

Im Behördenverbund ist der Zoll ein erfahrener Akteur. Beispielsweise zeigt sich auf hoher See, wie der Wasserzoll mit der größten Schiffsflotte im Küstenwachverbund unsere maritime Sicherheit gewährleistet. Wenn der effektive Schutz von Offshore-Anlagen, Pipelines oder Unterseekabeln vor Angriffen sichergestellt werden soll, bedarf es Investitionen. Die finanziellen Mittel, die die Bundesregierung für den Bevölkerungsschutz vorsehen möchte, müssen auch der Zollverwaltung zu Gute kommen. Dies gebietet die aktuelle Sicherheitslage.





SPARKURS BEENDEN SICHERHEITSMILLIARDE FÜR DEN ZOLL

Um den enormen Investitionsrückstau der letzten Jahrzehnte aufzuholen, halten wir einen Betrag von einer Milliarde Euro für Führungs- und Einsatzmittel für alle Vollzugskräfte der Zollverwaltung und den Zollfahndungsdienst für erforderlich. Dies kann jedoch nur der Anfang sein. An vielen Dienststellen sind selbst die Voraussetzungen für einen intakten Dienstbetrieb nicht mehr gegeben: von internetfähigen Arbeitsplätzen, über Lagerräume für Strafakten, bis hin zur Wartung von Dienst-Kfz. Dies ist die Folge des Sparkurses, der die Einsatzbereitschaft des Zolls massiv reduziert hat.

Die Kontrolleinheiten Verkehrswege (KEV) und Kontrolleinheiten Grenznaher Raum (KEG) der Sachgebiete C der Hauptzollämter sind an vorderster Front gegen Schmuggelkriminalität unterwegs. Die Kontrolleinheiten müssen über moderne Ausrüstung und Bewaffnung verfügen. Regelmäßiges Einsatz- und Schießtraining in Aus- und Fortbildungsstätten muss gewährleistet sein. Die desolate Unterbringung der Spezialeinheiten des Zolls (OEZ und ZUZ) ist nicht länger hinnehmbar. Zollhunde, ein effektives Mittel gegen gewaltbereite Tätergruppen, müssen vermehrt zur Verfügung stehen. Die Anzahl der mobilen Großröntgenanlagen ist auszuweiten und muss personell hinterlegt werden. Mehr Drohnen sollten unsere Hafengebiete vor Infiltration durch gewalttätige Drogenkartelle überwachen können. Weitere großinvestive Vorhaben, wie Mehrwachenschiffe zur maritimen Kontrolle, sind zu prüfen.

Die Ermittlungen des Zollfahndungsdienstes und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) gestalten sich aufgrund der Verlagerung der Verbrechensbekämpfung in den digitalen Raum und die Professionalisierung der Tätergruppen immer aufwendiger. Dies macht eine umfassende Modernisierung ihrer kriminaltechnischen Ausstattung erforderlich. Spezialtechnik für Observationen oder die Überwachung auch kryptierter Täterkommunikation müssen an jeder verfahrensführenden Dienststelle vorhanden sein. Insbesondere die Aufrüstung der digitalen Forensik zur Auswertung großer Datenbestände beschlagnahmter Geräte ist überfällig.

Die Financial Intelligence Unit (FIU) des Zoll ist die Anti-Geldwäsche-Behörde des Bundes und soll zugleich gegen Terrorismusfinanzierung vorgehen - ein Kernbereich der nationalen Sicherheit. Die FIU musste oft als Sündenbock herhalten, jedoch wurden ihr leistungsfähigere IT und mehr hochqualifizierte Finanzermittler bislang verwehrt. Dieser Rückhalt ist unabdingbar.



ORGANISIERTE KRIMINALITÄT? **NEIN DANKE!**

Kriminelle Vermögen abschöpfen

Mit geschätzt mehr als 100 Milliarden Euro an Umsätzen aus Straftaten, die jährlich in den legalen Wirtschaftskreislauf eingeschleust werden, ist Deutschland das Geldwäscheparadies Europas. Von Mocco-Mafia über 'Ndrangheta bis hin zu russischen Oligarchen: Sie alle nutzen gezielt den komfortablen Geldwäschesalon unserer finanzstarken Volkswirtschaft mit seinen hunderten zersplitterten Aufsichtsbehörden. Wir plädieren für eine Beweislastumkehr idealerweise im Rahmen einer Anti-Mafia-Gesetzgebung, so dass Vermögen der Organisierten Kriminalität effektiv eingezogen werden können. Die so abgeschöpften Erträge müssen auch zur Refinanzierung von Zoll, Polizei und Justiz genutzt werden.

Schwarzarbeit intelligent verfolgen

Weil die Vermögensabschöpfung nicht so funktioniert, wie es nötig wäre, hat auch die Schattenwirtschaft als ein wesentliches Betätigungsfeld schwerer struktureller Kriminalität ein Rekordausmaß von geschätzt rund 500 Milliarden Euro erreicht. Denn lange bevor die aufwendige Beweisführung gegen den gewerbsmäßig organisierten Betrug erbracht werden kann, wurden die illegal erwirtschafteten Gelder bereits ins Ausland verschafft. Der FKS des Zoll fehlen die Technik und die Befugnisse, effektiver dagegen zu ermitteln. Der im November 2024 vorgelegte Gesetzentwurf zur Schwarzarbeitsbekämpfung, der u.a. eine Einbindung in den polizeilichen Informationsverbund vorsah, muss zeitnah weiterverfolgt werden.

Bandengewalt stoppen

Infolge der illegalen Geschäfte brutaler Banden erleben wir in Deutschland eine Welle der Gewalt, die bisher nur aus Nachbarstaaten wie den Niederlanden bekannt war. Der Haupttreiber ist die Kokainschwemme an den Seehäfen und die Verbringung des Rauschgifts ins Landesinnere. Die Logistik- und Vertriebsstrukturen krimineller Netzwerke werden dabei immer professioneller, was auch beim Schmuggel von Tabakwaren beobachtet werden kann. Weil der kaputtgesparte Zoll keinen hinreichenden Verfolgungsdruck ausüben kann, können Kartelle und Clans ihre Revierkämpfe mit gravierenden Folgen für die Zivilbevölkerung auf offener Straße austragen. Infolgedessen müssen alle Einheiten des Zolls, die mobilen Streifendienst, vollzugspolizeiliche Kontrollen und taktische Einsätze durchführen, gestärkt werden. Die erfolgreiche Zusammenarbeit in gemeinsamen Ermittlungsgruppen mit der Polizei ist auszubauen.





IM EINSATZ FÜR ZOLL UND FINANZEN

Der BDZ ist die größte und einflussreichste Gewerkschaft in der Bundesfinanzverwaltung. Unsere über 25.000 Mitglieder gehören im Wesentlichen dem Zoll an. Rund jede zweite Zöllnerin und jeder zweite Zöllner sind bei uns gewerkschaftlich organisiert.

Unser Vertretungsbereich erstreckt sich von den Generalzolldirektionen, Hauptzollämtern, Zollämtern, dem Zollkriminalamt und den Zollfahndungsämtern bis zum Bundesministerium der Finanzen, dem Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) und dem Informationstechnikzentrum Bund (ITZBund). Der BDZ ist die stärkste Kraft in den Personalvertretungen der Bundesfinanzverwaltung und vertritt darüber ihre rund 56.000 Beschäftigten. Ihren Anliegen verschaffen wir gegenüber Politik, Verwaltung und Medien Gehör.

Unsere Kernforderungen zielen darauf ab, den Beschäftigten bessere berufliche Entwicklungsperspektiven und ein attraktiveres Arbeitsumfeld zu ermöglichen. Wir stehen deshalb für einen modernen, leistungsfähigen und schlagkräftigen Zoll.

Der BDZ gliedert sich in 15 Bezirksverbände und ist im dbb beamtenbund und tarifunion, sowie auf europäischer Ebene in der CESI (Europäische Union der unabhängigen Gewerkschaften) organisiert.

KONTAKTIEREN SIE UNS:



+49 (0)30 4081 6600 oder (0)30 8632 47640



www.bdz.eu



post@bdz.eu



Friedrichstr. 169, 10117 Berlin



Unsere Positionen



v.i.S.d.P.: Thomas Liebel, Bundesvorsitzender